



Der alternative Blick

Ausgabe 1 | November 2023



Alice WEIDEL

„
Aus dem Land der
Dichter und Denker und
Nobelpreisträger wird ein
Vorhof des bildungsfernen
Nahen Ostens!“

Foto: AfD

Masseneinwanderung sprengt Schule

Liebe Leser,

das brennendste Thema unserer Zeit ist die seit vielen Jahren völlig ungebremste Masseneinwanderung vor allem aus islamischen Kulturkreisen. Die Leidtragenden sind mehr und mehr unsere Kinder: Der Mangel an Geld und Lehrern für unsere Schulen, die zunehmende Migrantengewalt in den Klassen, das Absinken des Leistungsniveaus durch immer mehr fremdsprachliche Schüler – die Zustände an unseren Schulen verschlechtern sich dramatisch.

Zudem breitet sich Islamismus an den Schulen aus: Laut Landesinnenministerium sind hierzulande 1.200 Salafisten aktiv, in deren „Zielspektrum“ auch Jugendliche stehen. Aus BW sind durchschnittlich 35 Schüler im Dihad. Lehrer aus Baden-Württemberg berichten, dass moslemische Schüler vermehrt und oft dreist das Einhalten isla-

mischer Regeln fordern (Kopftuch, Ramadan, halal, haram etc.). Lehrerinnen werden als Frauen abgelehnt, Biologieunterricht wird boykottiert, der Holocaust im Geschichtsunterricht verneint.

Das alles hat an unseren Schulen nichts zu suchen. Wir sind verpflichtet, unseren Kindern einen unverhandelbaren Raum zu sichern für unsere eigene Kultur: für Neugier, Wissen und Können. Dafür kämpfen wir im Landtag. Wir lehnen Islamunterricht ab und fordern eine Asyl-Obergrenze Null und eine echte Remigrationspolitik.

Es grüßt Sie herzlich Ihr

Rainer Balzer

THEODOR-HEUSS-GRUNDSCHULE



Grafik: prostockstudio / freepik.com

Massenimmigration senkt das Bildungsniveau

Kitapflicht und ausreichendes Sprachniveau als Grundvoraussetzung

In Großstädten wie Stuttgart oder Berlin beträgt der Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund 45 Prozent und mehr. Die Folgen für die deutschsprachigen Schüler der betroffenen Klassen sind dramatisch.

Das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) ermittelt in regelmäßigen Abständen die Kompetenzen der 4. Jahrgangsstufe in den Fächern Deutsch und Mathematik an den deutschen Grundschulen. Bereits 2021 wiesen insgesamt 38 Prozent der Viertklässler einen Migrationshintergrund auf. Mit einem Anteil von über 45 Prozent war dieser in Baden-Württemberg mit am höchsten. Die Erhebungen des IQB belegen dabei: je höher der Ausländeranteil einer Schulklasse, umso schlechter das Abschneiden in den schulischen Kompetenzen wie Lesen, Zuhören, Orthografie und Mathematik.

Die Leistungen unserer Schüler und unseres ohnehin mit anhaltendem Lehrermangel hoch belasteten Schulsystems verschlechtern sich durch die unkontrollierte Masseneinwanderung zunehmend. Zeichnete sich bei den Kompetenzmittelwerten zwischen

2011 und 2016 lediglich eine ungünstige Entwicklung ab, so sind zwischen 2016 und 2021 bereits eklatante Defizite, vor allem in den Kompetenzen „Zuhören“ und „Lesen“ erkennbar.

Kinder mit Migrationshintergrund beherrschen oft weder unsere Sprache noch unsere Schrift, weder im Lesen noch im Schreiben. Das Schlusslicht in den Erhebungen sind übrigens Syrer und Afghanen.

Ein hoher Migrantenanteil führt dazu, dass sowohl deutschstämmige Eltern wie auch Eltern integrierter Familien mit Migrationshintergrund ihre Kinder von den betroffenen Schulen nehmen, wodurch praktisch eine Ghettoisierung der Schulen entsteht. Die AfD fordert daher eine Begrenzung des Anteils von Migrantenkindern in Schulklassen auf maximal 25 Prozent.

Es muss außerdem sichergestellt werden, dass zu Beginn eines Schuljahres nur Schüler am Regelunterricht teilnehmen, deren Sprachniveau ausreicht, dem Unterricht problemlos zu folgen. Die Grundlage hierfür ist durch die Einführung einer „kleinen Kita-Pflicht“ über einzusetzende Vorschulklassen zu schaffen.

Dafür hat die AfD-Fraktion im Landtag einen Gesetzesentwurf eingereicht. ●

Wir wollen den Migrantenanteil in Schulklassen auf 25 Prozent begrenzen

Noten abzuschaffen ist falsch

Damit Migrantenkinder nicht schlechter dastehen, wird auf Noten verzichtet

Für die Klassen 1 und 2 wurde das Benoten von Leistungen bereits abgeschafft. Bald soll es auch in den Klassen 3 und 4 keine Noten mehr geben. Dann fällt es nicht so auf, dass die Leistungen von Migrantenkindern gegenüber deutschen Kindern abfallen.

Wir wollen wieder eine Kultur der Leistung in den Schulen schaffen. Mit Mindeststandards kann kein Land die Weltspitze erreichen. Wir möchten den Eltern wieder mehr Verantwortung geben. Von den Leistungsnachweisen erwarten wir eine Strahlkraft auf die gesamte Schullandschaft. Eine Schule ohne Noten ist wie ein Fußballspiel ohne Tore. ●

Für die Schulen fehlt das Geld – für Migranten nicht

Die Politik macht unsere Kinder zu Bauernopfern der Masseneinwanderung

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund bezifferte den Finanzbedarf für die Sanierung unserer Schulen auf rund 47 Milliarden Euro und für Kinderbetreuung zusätzlich auf nochmals 12 Milliarden Euro. Gleichzeitig leistet sich Deutschland 2023 Asylkosten von über 42 Milliarden Euro. Die Länder haben rund 16 Milliarden zu tragen, der Bund rund 27 Milliarden.

Nicht selten fließt das Geld in die Unterbringung und Versorgung von Gewaltverbrechern wie Ahmad M., der im Sommer 2023 in Wiesloch aus dem Maßregelvollzug einer Psychiatrie floh und kaltblütig eine unbeteiligte 30-jährige Frau ermordete.

Die verantwortungslose Politik der Ampelregierung hat extreme Auswirkungen auf das Leben und die Sicherheit unserer Familien und Kinder. Als bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg ist es mir ein besonderes Anliegen, dass unsere Kinder, das Fundament unserer Gesellschaft, nicht zum Bauernopfer dieser Bundesregierung werden. ●

60 Mrd für Schulen fehlen, aber 40 Mrd für Asyl sind da



Das Buch zur Problemlösung:
DEUTSCHLAND STEHT KOPF
rainerbalzer.de/Deutschland-steht-Kopf

Steigende Migrantengewalt

Gewalt gegen Lehrer, Mitschüler und Juden

Die Gewalt an den Schulen in Baden-Württemberg steigt besorgniserregend. Eine aktuelle Anfrage der AfD im Landtag ergab, dass „die Zahl der Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 86,6 Prozent auf 1.851 (992) Fälle“ gestiegen ist. Das ist der höchste Wert der vergangenen 12 Jahre. Die Herkunft der Täter wird nicht abgefragt. Jedoch füllen Berichte über die Gewalt von Migrantenkindern ganze Bibliotheken. Hinzu kommen religiöses Mobbing, antideutscher Rassismus, Gewaltandrohungen gegen Lehrer und Schüler.

„Der Judentumhass von Migranten“ ist seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7.10.23 „an den Schulen nochmals dramatisch angewachsen“, wie der Zentralrat der Juden in Deutschland berichtet. Jüdische Eltern trauen sich nicht mehr, ihre Kinder in die Schule oder Kita zu schicken.

Wir müssen diese Entwicklung sofort stoppen. Unsere Kinder haben ein Recht darauf, die Schule ohne Angst zu besuchen. Wir fordern eine Obergrenze Null bei der Asylzuwanderung und eine Ausweisung von Familien, die unsere Gesellschaft mit Füßen treten. Ein feiges „Das können wir leider nicht“ darf es nicht länger geben. ●



Islamunterricht – eine politisch-religiöse Agitation?!

Wie an unseren Schulen ein islamistisches Weltbild gefestigt wird

Seit 2006/2007 wird in Baden-Württemberg „islamischer Religionsunterricht sunnitischer Prägung“ erteilt, erst in Form eines Modellprojekts, seit Sommer 2019 auf der Grundlage einer Stiftung des öffentlichen Rechts.

Den Islamunterricht aus den Hinterhöfen herauszuholen, sei das Ziel dieser Maßnahme, so die damalige Kultusministerin Susanne Eisenmann. Den hohen Anforderungen des Grundgesetzes wolle man Rechnung tragen, der islamische Religionsunterricht müsse pädagogischen Standards genügen und auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Der Islamunterricht, besucht von rund fünf Prozent aller islamischen Schüler, sei im Südwesten „ein großer Erfolg“.

Die CDU-Ministerin ist schon längst nicht mehr im Amt und der Erfolg hat sich nicht nur verflüchtigt, der Islamunterricht steckt vielmehr in einer handfesten Krise.

So blockierte die Stiftung die Anstellung zweier Islamdozenten, laut Medienberichten wegen ihrer liberalen Ausrichtung. Als Folge davon werden an der PH Weingarten wegen Dozentenmangels seit mehreren Semestern gar keine neuen islamischen Religionslehrer mehr ausgebildet. In der Stiftung selbst ist einer der fünf Vorstandsposten seit zwei Jahren verwaist. Ein verhinderter Dozent verklagt aktuell die Stiftung. Ministerpräsident Kretschmann bangt um das Stiftungsmodell.

Eine Trennung von Religion und Staat ist im Islam nicht vorgesehen; das säkulare Prinzip wird in der islamischen Welt einhellig abgelehnt. Grundlage hierfür ist Sure 3 Vers 79 des Koran, der die Menschen als zu launenhaft

charakterisiert, um über ihre Geschicke zu bestimmen. Die Gesellschaft brauche also eine geistige Leitung. Dieser Grundsatz des Islam widerspricht zutiefst dem Demokratieprinzip, wonach das Volk in regelmäßigen Wahlen seine Regierung auswählt. Und genau deshalb ist der Islam unvereinbar mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Kein Modell des Islamunterrichts kann über diesen fundamentalen Unterschied hinwegtäuschen, denn bei uns geht alle Staatsgewalt vom Volke aus und nicht von selbsternannten religiösen Führern. Der Vorrang einer geistigen Führung im Islam beantwortet auch die Frage, warum kein einziges islamisches Land auf der Welt demokratisch verfasst ist. Auch eine multireligiöse Gesellschaft, die diesen Namen verdient, ist im Islam unmöglich, da der Koran unmissverständlich anordnet, dass die weltliche Macht in den Händen der – selbstredend islamischen – religiösen Führung zu liegen hat.

Deshalb gehört der Islam nicht zu Deutschland und Islamunterricht nicht an unsere Schulen. ●

Die Wendegurke des Monats



Wie die Zeiten sich doch wenden: Gestern war es voll Nazi, sichere Grenzen zu fordern – heute ist es Mainstream. Gestern Rechtspopulist, heute Experte!

Wie Markus Söder. Vor ein paar Jahren befand er, dass der „Islam Bestandteil Bayerns“ sei. Wenige Jahre später die Wende: Der Islam gehöre nun doch „nicht zu Deutschland.“ Oder die AKW:

2011 drohte er mit Rücktritt, sollten die AKW nicht abgeschaltet werden, kürzlich wollte er sie auf keinen Fall abschalten. Ja was nun?



V.i.S.d.P.: Sven Geschinski
Im Landtag: Konrad-Adenauer-Str. 3
70130 Stuttgart, 0711 2063 5612
rainer.balzer@afd.landtag-bw.de

